Dresden 1883.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Num. 10 Pfge. Auflage 38000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Kieß in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

28. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pf. Eingesandt die Zeile 30 Pf.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Neue Landesgesangbücher
in solider und geschmackvoller Ausführung empfiehlt
Bernhard Rüdiger,
Magazin feiner Lederwaaren,
Wilsdrufferstrasse 2, zunächst dem Altmarkt.

Ball-Umhänge in grossartigster Auswahl zu allen Preisen. **Ball-Strümpfe.**
Wilh. Krieger,
35 Wilsdrufferstr. 35.
Jersey-Taillen von 6 Mk. an, Damen- und Herrenwesten in den schönsten Mustern.

Damen-Wäsche,
Complete **Braut- und Kinder-Ausstattungen, Specialität in Schürzen.**
R. Hecht, 17 Wallstrasse 17.
Solideste Näharbeit. Billige Preise.
Gegründet im Jahre 1830.

Fabrik-Etablissement einfacher und eleganter Kinder-Garderobe von Alexander Philipsohn
Auswahlsendung bereitwilligst. für Knaben und Mädchen bis 16 Jahre. Waisenhausstr. 7 (Palais Gutenberg) Halb-Etage

Nr. 46. 28. Jahrg. (Aufl. 38,000.) Aussichten für den 15. Febr. Südost auffrischend veränderlich, keine oder geringe Niederschläge, Temperatur wenig verändert. **Dresden, 1883. Donnerstag, 15. Febr.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Der Tod hat eine große Beute davon getragen: Richard Wagner ist gestorben. Deutschland trauert um einen seiner genialsten Söhne, die gesammte Kunstwelt hat einen unersetzlichen Verlust erlitten. In dem Pantheon deutschen Ruhmes wird allezeit der Name Richard Wagners mit goldnen Lettern prangen; seinen Namen wird die fernste Nachwelt unter den erlesensten Geistern deutscher Nation nennen. Seine hohe Bedeutung für Ton und Dichtung, ja für die ganze Kunstentwicklung zu schildern sei einer berufeneren Feder und an anderem Orte überlassen. Hier sei nur dem schmerzlichen Gefühle Ausdruck verliehen, das jeden Deutschen ergreifen muß bei der Kunde: Richard Wagner ist todt! Den Geboten des Alltagslebens nachkommend, wenden wir uns zu den laufenden Geschäften.

Zwei Flügeladjutanten des Kaisers wohnten in der Hofloge der Reichstagssitzung bei, als man das Militärpensionsgesetz berieth. Sie hatten den Auftrag, dem Kaiser über diese Vorlage, an welcher er persönlich das regste Interesse nimmt, zu berichten. Wäre es am Montag zur sachlichen Abstimmung gekommen, so flatterten die Paragraphen des Pensionsgesetzes zerrissen in der Luft, Kriegsminister v. Kameke hätte sein Abschiedsgesuch eingereicht, ein Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung stand bevor. In dieser Lage sprang Windthorst ein. Er setzte die Zurückverweisung der Materie an die Kommission durch. Dazu hatte er seine gestern erwähnten guten Gründe, die auf dem Acker des Kirchen-Konfliktes gewachsen waren; er leistete aber durch seine kluge und geschickte Intervention der Regierung einen werthvollen Dienst. Die ganze Angelegenheit hat durch solche Umstände eine ungemeine Bedeutung gewonnen. Das neue Pensionsgesetz hat drei verschiedene Gruppen von Gegnern. Es wendet den Offizieren neue Vortheile zu; es erhöht ihre Pensionen in der Art, daß sie künftig mit jedem pensionsfähigen Dienstjahr um ein Sechszigstel der Besoldung (statt wie bisher um ein Achtzigstel) steigt. Die Offiziere sollen damit in der Pensionsberechtigung den Civilbeamten des Reiches gleichgestellt werden. Es handelt sich dabei nicht gerade um sehr große Summen. Das Pensionsgesetz hat die Absicht, es der Militärverwaltung zu erleichtern, solche Offiziere, die sie für nicht mehr ganz felddiensttüchtig hält, zeitiger zu verabschieden, als es sonst wohl geschehen würde. Obwohl bei der Pensionirung von noch recht tüchtigen Offizieren Manches dem Laien Unbegreifliche vorkommt, so ist doch nicht zu verkennen, daß man beim Militär nach anderen Grundsätzen zu pensioniren hat, als beim Civil. Ein Major oder Hauptmann, noch gut bei Leibe, muß mit Recht quittiren, während ein Amtshauptmann oder Richter in gleicher Gesundheit noch jahrelang ruhig weiter dienen kann. Die süddeutschen Abgeordneten sind ausnahmslos Gegner des Gesetzes, sie finden, daß bei ihnen die Sätze der Militärpensionen so hoch seien, daß sie keiner Steigerung bedürften. (Die süddeutschen Staaten haben Pensionsgesetze, die von den norddeutschen abweichen). Sodann stießen sich viele Abgeordnete daran, daß das Gesetz nicht den in früheren Kriegen durch Wunden und Krankheit invalid gewordenen Offizieren zu Gute kommen solle, sondern lediglich den künftig im Friedensdienste untüchtig Werdenden. Jeder Mensch von Herz sagt sich auf den ersten Augenblick: Was? Unsere Helden aus dem Franzosenkriege sollen künftig in der Pension schlechter gestellt sein, als die sich in den stillen Friedensjahren ein „Pensionsbein" beschaffenden Garnison-Offiziere? Eine ruhige Ueberlegung sagt aber sofort, daß dazu, dem Gesetze rückwirkende Kraft zu geben, die Geldmittel unmöglich ausreichen. Eine dritte Gruppe von Gegnern erwächst der Vorlage in solchen Abgeordneten, welche den Augenblick, da den Offizieren neue Vortheile zugewendet werden sollen, für günstig erachten, die Ungerechtigkeit der Kommunalsteuerfreiheit der Offiziere zu beseitigen. Hiergegen erklärt sich nun aber, wie früher schon, die preußische Regierung und sie findet es außerdem für nicht richtig, in dasselbe Gesetz, das eine Wohlthat den Offizieren bieten soll, zugleich eine Last für sie festzusetzen. Dieser formelle Einwand kann keinen Grund für einen Konflikt abgeben. Widerstrebt die Regierung ernstlich, daß das Pensionsschiff noch mit dem Steuerbefreiungs-Collo bepackt wird, nun, so macht man eben zwei verschiedene Gesetze. Hierzu ist bis Ostern in der Kommission genügend Zeit und Gelegenheit. Die Kommission ist bereits zu diesem Behufe durch 7 neue Mitglieder verstärkt worden. Alle Aussicht auf Annahme hat der vermittelnde Ausweg, daß nur das Privatvermögen der Offiziere, nicht aber ihr Gehalt zur Kommunalbesteuerung herangezogen werde. Einen gleichen Antrag hatte früher schon einmal der Abg. v. Forckenbeck gestellt. Jetzt wird ihn der Abg. v. Bennigsen erneuern. Allzuviel bietet er nicht, aber doch Etwas. Exemplificiren wir auf Dresden! Hier sind die Offiziere frei von allen Miethzinsabgaben. Selbst die Beletagen der Generäle zahlen Nichts. Unser zukünftiges städtisches Abgabensystem mag sich gestalten wie immer — in Etwas werden wir doch wohl die staatliche Einkommensteuer auch für Kommunalzwecke anwenden. Dann wird, nach Annahme des Bennigsen'schen Antrages, zwar der Offizier keine Miethzinssteuer, wohl aber von seinem Privateinkommen einen Procentsatz zu den städtischen Abgaben beitragen. Mehr wird jetzt bei der Abneigung der preußischen Regierung nicht zu erreichen sein. Dieses Mittel aber beseitigt jeden Konflikt.

Die französischen Minister, einen Fuß bereits im Grabe, haben sich beeilt, den Senatsbeschluß wegen der Thronprätendenten an die Deputirtenkammer zu bringen. Hierbei kam es zu einem Zwischenfalle. Cassagnac wollte die Regierung über ihr Verbleiben oder Gehen interpelliren. Die Kammer lehnte dies jedoch als Zeitverschwendung ab. Der Bonapartist Faure, als er wahrnahm, daß sich kein Minister erhob, um Cassagnac zu antworten, rief ihnen das Wort „Feigheit" zu. Der Minister Mahy wollte den Namen des betreffenden Abgeordneten wissen. Der Kammerpräsident Brisson verlangte die Censur über den Ruhestörer und seine zeitweilige Ausschließung aus der Kammer; diese aber begnügte sich mit der ersteren Maßregel. Der Zwischenfall will an sich nicht viel besagen. Wichtiger ist, daß die Kammer wohl kaum auf den Vorschlag des Senats eingehen wird. Aus dem Senatsbeschluß guckt, wie man sich unzart ausdrückt, allzusehr das „orleanistische Eselsohr" heraus. Die Väter des Senatsbeschlusses, Say und Waddington, sind als intime Freunde der Prinzen von Orleans bekannt; ihr Name bürgt dafür, daß das Gesetz nicht gegen diese angewendet werden soll. Man tadelt namentlich auch an dem Gesetze, daß es nicht die Absetzung der Prinzen von ihren militärischen Stellungen ausspricht. Da nun allen Republikanern die Nothwendigkeit einleuchtet, irgend etwas zu thun, um den Umtrieben der Kronprätendenten zu begegnen, so wird man sich irgendwie verständigen müssen. Prinz Napoleon richtet sich auf Alles ein. Er will sein Hauptquartier in dem von Paris leicht zu erreichenden Brüssel aufschlagen; dort soll allwöchentlich eine Versammlung der Parteihäupter der sich einigenden Bonapartisten stattfinden und von hier aus der Feldzug gegen die Republik geleitet werden.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 14. Febr.

Berlin. Reichstag. Zur Verstärkung der Kommission für die Militär-Pensionsgesetze sind gewählt: v. Minnigerode, v. Kardorff, Windthorst, v. Franckenstein, v. Bennigsen, Dr. Lasker und Richter-Hagen — also von allen Parteien die Führer. Zur 3. Berathung des Reichshaushaltsetat pro 1883/84 ergreift Richter-Hagen das Wort und wendet sich gegen die Methode der Begründung militärischer Forderungen. Für die Küraße sei die Schlagfertigkeit der Armee, für das Mittagessen in den Casinos der Todesmuth der Offiziere und gegen die Kommunalbesteuerung der Offiziere der Friede Europas ins Gefecht geführt worden. Die Fortschrittspartei müsse sich dagegen verwahren, daß die speziellen Interessen der Berufs-Offiziere mit denen der ganzen Armee identificirt werden. Die Armee, nicht eine Kriegerkaste habe es verhindert, daß kein fremder Fuß deutschen Boden betrat. Die Armee sei identisch mit dem Volke, das vor einer unmäßigen Steuererhöhung bewahrt werden müsse. Der Reichstag sei das Recht des Volkes und nicht zum Mindesten das Recht des Volkes in Waffen. Gleiches Recht für Alle, das sei der Grundsatz, auf welchem der Antrag auf Kommunalbesteuerung der Offiziere basire. — Geiser: Die Linke wie das Centrum hätten viel vom Sparen gesprochen; es sei weniger gestrichen worden, als die Regierung selbst erwarten konnte. Von den Abstrichen komme auf den Kopf der Bevölkerung 25 Pf. Es seien Ausgaben gestrichen worden, die besonders der arbeitenden Bevölkerung zu Gute gekommen wären. Der Militär-Etat sei viel zu hoch, für die öffentliche Gesundheits-Pflege werde zu wenig ausgegeben. Die Sozialdemokraten würden gegen den Etat stimmen, weil sie gegen das ganze System sind, in welchem gespart wird. Man solle eine progressive Einkommensteuer einführen und zwar mit einer sehr weitgeführten Progression. Wer 2 Millionen Jahres-Einkommen habe, der könne sehr wohl 1 Million Steuer zahlen; vom Rest könne man noch ganz gut auskommen. Dadurch würden Mittel zu größeren Aufwendungen zu Gunsten der arbeitenden Klassen ermöglicht werden. — von Kardorff: Wenn man dem, welcher ein Einkommen von 2 Millionen bezieht, eine Million abrechne, so würde er auswandern. Vieles in der Rede Geisers habe ihn sympathisch berührt; es sei ein vollständig engherziger Standpunkt, wenn immer nur das Sparen in den Vordergrund gestellt werde. Für Kunst und Wissenschaft seien höhere Aufwendungen wünschenswerth, als sie jetzt in Aussicht genommen seien. Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen Richters in Bezug auf die Armee. Gerade in Bezug auf das Offiziercorps sei in Deutschland jetzt das Höchste erreicht, was die Weltgeschichte überhaupt aufzuweisen habe. Die Armee habe das Vertrauen, das die Rechte immer in sie gesetzt, glänzend erfüllt. Die Konservativen schwärmten auch nicht für Steuern, sie zahlten dieselben eben so ungern als andere Leute, aber die für nothwendige Dinge erforderlichen Mittel müßten vor Allem aufgebracht werden. — v. Schorlemer-Alst wendet sich gleichfalls gegen Richter. Die Offiziere und die Armee seien untrennbar. Die Vertretung der Armee stehe dem Kaiser zu; sollte der Reichstag anfangen, die Armee zu vertreten, so würde das eine Auflösung der Armee bedeuten. Richter thue gerade, als ob er selbst mit in den Schlachten gefochten habe. Gott bewahre uns vor einer Armee im Sinne Richter's.— Richter-Hagen: Die Fortschrittspartei lehne Ausgaben ab, die sie für überflüssig hielte, um Geld zu anderen Zwecken zu haben; sie sei gegen die Erhöhung der Militärpensionen, weil die dadurch entstehende Ausgabe höher sei als die Summen, welche alle deutschen Staaten zusammengenommen für das Volksschulwesen zuschießen. Sie wollten die Erwerbsfähigkeit der pensionirten Offiziere mit berücksichtigt wissen. Mit Schorlemer lasse sich, wahrscheinlich infolge geistiger Ueberanstrengung, gar nicht mehr sachlich diskutiren. Man könnte ihm ja auch einhalten: Sie haben ja nicht einmal Jura studirt, Sie haben ja nicht einmal das Referendarexamen gemacht! Uebrigens wiege die Autorität eines Leutnants nicht schwerer als die der Autoritäten am Ministertische. Wenn er im Jahre 1870 nur dem Virchow'schen Sanitätszuge ins Feld folgen konnte, wenn er nicht selbst noch thätiger an der Vertheidigung des Vaterlandes theilnehme, so bedauere das Niemand mehr als er, aber das hindere ihn nicht in der Erfüllung seiner Pflichten als Volksvertreter und auch als Vertreter der militärischen Bevölkerung. Wenn heute ein Krieg ausbreche, sei der Ausgang viel mehr zweifelhaft, deshalb müsse man die Armee auf immer volksthümlichere Grundlagen stellen — v. Minnigerode: Der Vorredner sagte, seine Partei wolle die Armee gleichfalls aufrechthalten, denn sie bewillige Millionen dafür. Nachdem die Präsenzziffer einmal gesetzlich festgestellt sei, müssen die erforderlichen Mittel bewilligt werden, denn sonst sehe man sich mit den Gesetzen in Widerspruch. Die Armee sei beständig in Fluß, um alle die Verbesserungen sich zu eigen zu machen, welche hervortreten; dies gereiche gerade unserer Armeeverwaltung zum Ruhme und beweise, daß sie keineswegs, wie Richter sage, jeden Fortschritt abweise. — v. Kardorff: Wenn solche Angriffe, wie sie gehört wurden, gegen die Truppe erhoben würden, welche für die persönliche Sicherheit Sr. Majestät des obersten Kriegsherrn zu wachen bestimmt seien, so sei es Pflicht, dieselben zurückzuweisen, und er hoffe dabei auf die Zustimmung der Bevölkerung. v. Schorlemer-Alst: Da er nicht Jura studirt habe, so spreche er nicht über juristische Dinge, wie er überhaupt nicht in Sachen rede, die er nicht verstehe. Es gebe einen guten Kastengeist, den er festhalte; dazu gehörte seine Erinnerung an die Zeit, die er unter dem Prinzen von Preußen gegen die badische Revolution gefochten. Ein Parteigenosse von Richter habe dies kürzlich „Satellitendienst im Dienste des Tyrannen" genannt. Der damalige Prinz Wilhelm sei der heutige deutsche Kaiser. Dann wird in die Spezialberathung eingetreten. Die Etats des Bundesraths, Reichstags, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei, sowie des auswärtigen Amts werden debattelos unverändert angenommen. Beim Etat des Reichsamts des Innern macht Dr. Kapp Mittheilungen über die erfolgreichen Versuche deutscher Arbeiter zum Plantagen-Dienst nach Honolulu. Weiße hätten sich in jenen Klimaten nie für Plantagenarbeit als geeignet erwiesen. Er wünscht eingehende Berichterstattung über die Verhältnisse in Honolulu. Es handle sich um die deutsche Ehre. Deutsche Arbeiter dürften nicht als Kulis behandelt werden. Es vollziehe sich ein förmlicher Menschenhandel. Bundeskommissar Reichardt: Die Angelegenheit betreffs Honolulu werde seitens der Regierung ernstlich erwogen. Sie will keine Zwangsmaßregeln. Dohrn, Barth halten die Kapp'sche Darstellung für zu schwarz. Das Hawaii'sche Klima sei sehr schön. Die betreffende Plantagenfirma wünsche selbst die Untersuchung. Dohrn erklärt in persönlicher Bemerkung gegen Minnigerode: Der Leiter der Auswanderungsagitation für Paraguay sei ein bankerotter Gutsbesitzer, Namens Andre Roman. Kleist-Retzow: Andre Roman ist mein Freund und es ist Verleumdung, daß er ein bankerotter Gutsbesitzer sei. (Bewegung links.) Vicepräsident Frankenstein ruft Kleist zur Ordnung. Beim Militär-Etat erklärt Kriegsminister Kameke auf Anfrage Richter's: Die Militärstrafprozeßordnung trage an dem Entkommen des Betrügers von Schleinitz keine Schuld. Es sei der Militärbehörde nur passirt, was dem Civilgericht auch passirt, daß einmal ein Verbrecher entwischt. Der Liegnitzer Selbstmordfall werde selbstverständlich untersucht, es sei nicht immer schlechte Behandlung, sondern häufiger durch Trennung von Angehörigen hervorgerufene Gemüthsstimmung, die Selbstmorde verursache. Generalleutnant Verdy: Die Behandlung durch Offiziere sei bei uns humaner, als in jedem anderen Lande. Man solle nicht immer blos die Schattenseiten der milit. Behandlung geflissentlich hervorschieben, was gefährlich sei. Stöcker, Kardorff, Koller sprechen im Sinne des Ministers. Beim Etat des Reichsschatzamtes kritisirt Reichensperger die neuen Fünfzig-Markscheine. Er will keine menschlichen Figuren namentlich keine, die mit Nacktheit kokettiren, auf dem Papiergeld. Günther-Sachsen: Die neuen Fünfzig-Markscheine erinnern an die Anfänge germanischer Kultur. Solche Bilder finde man nur noch im germanischen Museum und als Weinetiketten in altdeutschen Weinstuben. Schatzamtsdirektor Aschenborn: Die Scheine gingen aus der Konkurrenz von fünf der bedeutendsten Künstler hervor. Menschliche Gesichter schützen am meisten vor Nachahmung. Dohrn nimmt seine Bemerkung gegen Andre Roman zurück. Weiterberathung der Etats morgen.

Berlin. Die „Norddeutsche" dementirt das Gerücht der Demission des Kriegsministers. Die Kreuzzeitung hätte erwägen sollen, daß es hier weder im Frieden noch im Kriege Sitte ist, die Position während des Kampfes zu verlassen. Der Kaiser richtete an Moltke wegen der letzten Reichstagsrede ein Anerkennungsschreiben. — Beim Kaiser fand ein Diner statt, wozu sämmtliche anwesende Mitglieder des Bundesraths, darunter der sächsische Gesandte Nostitz-Wallwitz geladen. Die Krankenkassenkommission nahm das Gesetz mit 18 gegen 2 Stimmen an. Dagegen waren die Fortschrittler. Die Vertreter des Centrums reservirten sich das Recht, im Plenum gegen das Gesetz zu stimmen, wenn nicht gewisse Abänderungen erfolgen. Das Gardekorpskommando verbot den Einjährig-Freiwilligen den Unteroffizieren Geschenke zu machen, und den Unteroffizieren, solche anzunehmen, eventuell werden wegen Bestechung Zuchthausstrafen in Aussicht gestellt.

Richard Wagner starb auf einem Sessel in seinem Arbeitskabinet, seine Gemahlin und Kinder waren um ihn versammelt. Der König von Bayern sandte noch Nachts ein Beileidstelegramm und bat, seine Wünsche wegen der Beisetzung oder Ueberführung der Leiche in die Heimath abzuwarten. In Venedig beabsichtigt man eine allgemeine Leichenfeier zu veranstalten, zu welcher Liceo Marcello und die Bürgerschaft die Initiative ergreifen. Wagner hatte vor wenig Tagen geäußert, Parsifal werde sein letztes Werk sein und auf die Frage warum? erwiederte er: weil er sterben werde. In München sind Sammlungen zu einem Wagner-Denkmal im Gange und bereits kolossale Beträge gezeichnet. Auch die ultramontanen Blätter, die sonst Wagner bitter bekämpften, bringen warme Nachrichten. Der Kronprinz Rudolf von Oesterreich telegraphirte sofort nach Venedig.

Venedig. Der Tod Richard Wagner's erfolgte gestern Nachmittags um 4 Uhr an einem Herzschlag, welchem starke asthmatische Beschwerden vorangingen. Wagner hatte schon in der letzten Zeit an ähnlichen Beschwerden gelitten, ohne daß seiten der Aerzte hierin ein Grund ernstlicher Befürchtungen erblickt werden konnte. Gestern früh war Wagner noch völlig wohl. Gegen Mittag stellten sich die asthmatischen Beschwerden ein, wurden gegen 2 Uhr beängstigend und führten dann den Tod herbei. Es heißt, Wagner's Leiche werde nach Bayreuth gebracht werden.

Die **Berliner Börse** eröffnete in freundlicher Stimmung und angeregtem Geschäft. Später ließ die Tendenz in Folge des rapiden Rückganges der Marienburger nach, welcher auf Tarifkündigung seitens der russischen Südwestbahn zurückzuführen war. Später erholte sich die Stimmung, die Nachbörse war aber wieder schwach. Auch Ostpreußen waren später angeboten. Berlin-Homburger wieder besser. Fremde Bahnen ziemlich fest. Ostpreußische Prioritäten recht fest. Von Banken spekulative höher, besonders Deutsche Bank lebhaft begehrt. Bergwerke, Industrien, gut tendenzirt, aber still. Renten fest.

Frankfurt a. M., 14. Febr., **Abends.** Credit 256¾. Staatsbahn 269½. Lombarden —. 60er Loose —. Oest. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 256¼. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe 74¼. 3. Orientanleihe —. Ungarische Papierrente —. Disconto —. Egypter 71¾. Gotthardbahn 110⅝. Fest.

Wien, 14. Februar, Abends. Credit 292,50. Staatsb. 331. Lombarden 141,20. Nordwestbahn 204,20. Marknoten 58,50. Ung. Credit 29.,75. Fest.

Paris, 14. Februar (**Schluß.**) Rente 79,15. Anleihe 114,90. Italiener 87,26. **Staatsbahn** 702,50. **Lombarden** 300,75. do. Prioritäten 283. Egypter 351. **Oesterr. Goldrente** —. Bewegt.

Paris (Produkten), 14. Februar. (**Schluß.**) Weizen Februar 26,40, Mai-August 27,80, ruhig. Spiritus Februar 50,00, September-October 51,70, behauptet. Rüböl Februar 107,50, September-December 83,00, steigend.

Amsterdam (Produkten), 14. Februar. (Schluß.) Weizen März 274, Mai 274, behauptet. Roggen März 172, Mai 170, steigend.

London, 14. Februar. (Getreidemarkt.) Schluß. Fremder Weizen voller gehalten. Käufer zurückhaltend. Mehl, Gerste stramm. Mais fertig. Hafer träge.